

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Setzungsstörungen und in allen Fällen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Zeugungspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Sprechstunden: Montage von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitage von 10 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Zugpreis: Die neuzeit gezeichnete Non-ars-Zeitung oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzugehen 0,30 RM, für die Restamtszeitung einschließlich an den dreißigtägigen Zeit einer Zeitschrift 1,50 RM, Anzeigen-Zimmernachnahme nach dem 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Zeugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 22. Oktober 1929

Nummer 247

Landtagseröffnung im Zeichen der Reaktion

Landesstagung der Volkspartei fordert „harte Haut“ gegen soziale Forderungen / Arbeiterproteste gegen Rohrlegerverhaftung
Zündholzschacher abgeschlossen / 1170 Millionen-Steuer-Geschenk an das Kapital / 7 Todesurteile im Gastonia-Prozess!

Ein Appell der kommunistischen Landtagsfraktion

An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Der Abschluß des Youngplans stellt die deutsche Bourgeoisie lester in die Front der Imperialisten gegen die Sowjetunion und verschärft die Kriegsgelahr. Zu gleicher Zeit vollführen die deutschen Kapitalisten innenpolitisch die brutalsten Angriffe gegen die Arbeiterklasse. Eine schamlose Wucher- und Zollwirtschaft treibt die Preise der Lebensmittel in die Höhe. Die Teuerung wächst, die Steuerlasten drücken die arbeitenden Massen, neue Mieterhöhungen werden angekündigt.

Schon hat der Sozialdemokrat Wissell den Unterstützungsraub gegen die Erwerbslosen durchgeführt, der Hunderttausende von Erwerbslosen dem Hunger ausliefert.

Jetzt schickt sich der Sozialdemokrat Hillerding an, eine neue „Finanzreform“ durchzuführen, die eine weitere schwere Belastung der arbeitenden Massen darstellt. Die Zölle auf die wichtigsten Bedarfsartikel werden gewaltig emporgeschraubt. Ein neues Finanzprogramm soll durchgeführt werden, nachdem die Zahlungsverleicherung aus dem Youngplan in der Höhe von rund

700 Millionen RM den Kapitalisten als Steuergeschenk zurbanzt, während aus den arbeitenden Massen durch die sogenannte Alkoholsteuer 300 Millionen RM erpreßt werden sollen. Schon steht das Zündholzmonopol, das eine gewaltige Versteuerung des Zündholzverbrauches mit sich bringt, vor dem Abschluß, ein Tabakmonopol ist in Vorbereitung.

Die Rationalisierung und Monopolisierung in Industrie und Handel schaltet immer größere Mengen von Arbeitskräften aus, führt zum Bankrott einer großen Zahl kleiner und mittlerer Betriebe und wirft ihre bisherigen Besitzer in das Proletariat. Während die Notlage der Massen steigt, rüstet sich die Regierung zu einem

Angriff auf die sozialen Leistungen

Dem Abbau der Erwerbslosenfürsorge soll der Abbau der Sozialrenten und der Krankenkassenleistungen folgen. Reich und Länder gehen heute schon dazu über, die sozialen Leistungen von sich abzuwälzen und in weitgehendem Maße den Gemeinden aufzuladen. Der jetzt schon bestehende Finanzausgleich, der ebenfalls durch die Finanzreform eine weitere Verschlechterung erfahren soll, läßt schon dem größten Teil der Gemeinden nicht die Möglichkeit, ihre sozialen Aufgaben zu erfüllen. Hunderte von Gemeinden stehen vor dem Bankrott. Gegen die hungernden Massen entläßt die Bourgeoisie eine

Welle des faschistischen Terrors

Mit Duldung und positiver Unterstützung des Staatsapparates überfallen, mißhandeln und ermorden die Faschisten die hungernden, demonstrierenden Arbeiter, zerstören die Einrichtungen der proletarischen revolutionären Organisationen. Die Regierungen des kapitalistischen Staates und ihre Behörden terrorisieren die arbeitenden Massen durch den brutalen Einsatz ihrer Polizeiorgane, durch Gummiknüppel, Attacken und Niederschließungen.

Sachsen im reaktionären Reichskurs

Im Reiche wird diese Politik geführt von den Sozialdemokraten Müller, Hillerding, Wissell und Severing, in Preußen vollführen dieses Terrorregiment die Sozialdemokraten Braun und Grzesinski. An der Spitze der sächsischen Regierung steht der Volksparteiler und ehemalige Reichsanwalt Dr. Bünge. Es ist kennzeichnend für die Haltung der Sozialdemokraten, daß sich die Politik dieses Volksparteilers in nichts von der Politik des Sozialdemokraten Müller unterscheidet. Die sächsische Regierung stützt sich auf die Nationalsozialisten, die den Arbeitern und werktätigen Bauern und Kleingewerbetreibenden vorlegen, daß sie einen Kampf gegen die Großkapitalisten führen. Zu dem sächsischen Regierungsblock ist in letzter Zeit noch die käufliche Gruppe der Altsozialdemokraten gestoßen.

Die sächsische Arbeitslosigkeits-Katastrophe

Gerade die sächsische arbeitende Bevölkerung wird durch den Unterstützungsraub an den Erwerbslosen besonders hart getroffen. War doch Sachsen von jeher das Land der besonders starken Erwerbslosigkeit.

Die Zahl der Erwerbslosen ist in diesem Jahre fast doppelt so hoch wie im Vorjahre.

Gegenüber 94.029 Arbeitsuchenden am 14.9.1928 beträgt die Zahl der Erwerbslosen jetzt am 17.9.1929: 177.828; die Zahl der offenen Stellen ist im gleichen Zeitraum von 5327 auf 2094, also um mehr als die Hälfte herabgesunken. Es gibt in Sachsen Gemeinden, in denen die Erwerbslosigkeit über 11 Prozent der Einwohnerzahl umfaßt.

Die Einnahmen der Gemeinden werden auf das äußerste begrenzt, die sozialen Leistungen herabgesetzt. Für die Erwerbslosen, für die Verbesserung der Bezüge der Sozial- und Kleinrentner, für den Wohnungsbau hat die sächsische Regierung keine Mittel. Während für die gesamte Wohlfahrtspflege knapp 11 Millionen RM ausgestellt sind, gibt man

für Polizei und Justiz rund 90 Millionen RM

aus. Erst vor wenigen Wochen erließ die sächsische Regierung eine Verfügung, nach der die Behörden zur äußersten Ein-

7 Todesurteile im Gastonia-Prozess

Neuport, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Geschworenen in dem Prozess gegen die beim Mord an dem Polizeipräsidenten von Gastonia angeklagten revolutionären Textilarbeiter haben sämtliche 7 Angeklagten des Nordes zweiten Grades für schuldig befunden. Die Angeklagten nahmen den Spruch der Geschworenen ruhig auf. Die Verkündung des Urteils dürfte noch gestern Abend erfolgt sein.

Rur der Proletariat der Arbeiter der ganzen Welt kann die Mörder Saccos und Vanzettis erzittern machen und ihre neuen Opfer retten. Sendet sofort Telegramme und Proteste an die amerikanische Botschaft in Berlin! Betriede! Arbeiterorganisationen! Nehmt sofort in eurer nächsten Versammlung Stellung zu dem neuen geplanten Justizmord!

Schränkung aller Ausgaben für soziale Zwecke aufgefördert werden.

Die Notlage der Gemeinden

ist in Sachsen besonders groß. Immer mehr Gemeinden stehen vor dem Bankrott. Die Leidtragenden aus dieser kapitalistischen Finanzwirtschaft sind die arbeitenden Massen. Die Gemeindesteuern werden auf das äußerste angepauert, die Preise für Gas, Wasser, Elektrizität, die Tarife der Verkehrsmittel werden heraufgeschraubt. Jetzt vollführt die Regierung einen

Angriff auf die kommunalen Betriebe

um sie den Privatkapitalisten auszuliefern; um Kredite nachsuchenden Gemeinden wird erklärt, sie sollen ihre Kommunalbetriebe veräußern oder in gemischtwirtschaftliche Betriebe umwandeln. Alle diese Maßnahmen sind die Anzeichen des verstärkten reaktionären Kurses. Während die Regierung die Großunternehmer schon, werden dem Landtag neue massenbelastende Steuergesetze vorgelegt.

Die arbeiterfreundliche Politik wird in Sachsen trotz einiger belangloser Differenzen von den gesamten Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen durchgeführt.

Die sächsische SPD in der reaktionären Front

Die Sozialdemokraten stehen in Sachsen zu dieser Regierung in einer Scheinopposition.

Sie führen gegen die Angriffe der Regierung auf das Proletariat keineswegs ernsthafte Kämpfe, sondern halten zum Zwecke der Irreführung der Arbeiterschaft im Parlament nur mit einigen raddikalen Phrasen gewürzte Reden.

Wie im Reiche die Politik von sozialdemokratischen Ministern geführt wird, so unterstützen auch in Sachsen die Sozialdemokraten praktisch die Politik der Reaktion. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftler und die Führer der SPD verhindern jeden ersten Kampf der Arbeiter. Sie liefern die Arbeiter durch langfristige Tarifverträge und durch die kampflöse Verlängerung der laufenden Tarifverträge der schonungslosen Ausbeutung der Kapitalisten aus. Die sächsischen, sich gern als „linke“ be-

Wieder ein neuer Kreuzer



Strapazierlauf des Kreuzers „Völgg“ in Wilhelmshafen.

zeichnenden Sozialdemokraten unternehmen nichts gegen die Klassenjustiz. Sie verteidigen aber den sozialreaktionären Kurs der Severing und Grzesinski. Sie mobilisieren die Streikbrechergarden gegen kämpfende Proletarier und schicken jetzt Streikbrecherkräfte gegen die Rohrleger in Berlin.

In den Gemeinden arbeiten die Sozialdemokraten in engster Gemeinschaft mit den Unternehmern.

Während sie im Lande aus demagogischen und agitatorischen Gründen der Regierungskoalition noch ferngeblieben sind, vollführen sie in einer Umengung von Gemeinden die offene Koalitionspolitik. Ein Beispiel dafür ist die Landeshauptstadt Dresden. Hier vollführen der Volksparteiler Blüher und der Sozialdemokrat Bührer gemeinsam einen reaktionären Kurs gegen die Arbeiter.

Demagogisch versucht die Sozialdemokratie über diese ihre Tätigkeit hinwegzutäuschen. In Leipzig gehen die Fleißer und Genossen dazu über, den Arbeitern vorzutuschen, daß nach Gewinnung einer Mehrheit im Stadtrat die Sozialdemokraten eine Politik für das Proletariat durchführen würden; dabei war es gerade Fleißer, der schon mehrfach demonstrierende hungernde Arbeiter durch seine Polizei blutig auseinanderreiben ließ.

Nur die KPD organisiert und führt die Kämpfe der Ausgebeuteten

Die Kommunistische Partei hat den Arbeitern über die Möglichkeit der Durchführung von Forderungen für das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nie Illusionen vorgemacht. Nur der Massenkampf der Arbeiterschaft vermag ihre Lage zu verbessern. Aber nur die Kommunistische Partei tritt ehrlich und ernsthaft für die Forderungen des Proletariats ein. Sie allein organisiert und führt den Massenkampf, der in seinem Gefolge die Erreichung der Forderungen und als seinen Endzweck den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft hat.

Der Kampf um die Gemeinden

steht im engsten Zusammenhang mit dem gesamtpolitischen Kampf des Proletariats. Die Gemeinden sind ein Teil des staatlichen Machtapparates. Der Angriff, Vormarsch und Sieg des Proletariats in den Gemeinden steht deswegen im engsten Zusammenhang zu seinem Vormarsch im Reiche, mit seinem Angriff auf die kapitalistische Gesellschaft.

Die Arbeiterschaft muß am 17. November bei der Abgabe ihrer Stimmen in den Gemeinden ihre Stimmabgabe als eine Kampfansage an die kapitalistische Gesellschaft dokumentieren. Die revolutionären Arbeiter, die die Besetzung des Steuerhauses, des Zollwächters, der Hunger- und Kriegspolitik, der Politik der Geschenke an die Kapitalisten wollen, wählen am 17. November Kommunisten!

Die Fraktion der KPD im Sächsischen Landtag